

§ 1

Name, Sitz, Tätigkeitsbereich, Geschäftsjahr

1. Der Verein führt den Namen "Lohnsteuerhilfeverein Vereinigte Lohnsteuerhilfe e.V."
2. Der Verein hat seinen Sitz in Neustadt an der Weinstraße.
3. Das Arbeitsgebiet des Vereins ist der Geltungsbereich des Grundgesetzes.
4. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2

Zwecke des Vereins

1. Der Verein ist eine Selbsthilfeeinrichtung von Arbeitnehmern. Er bietet seinen Mitgliedern die Hilfeleistung in Steuersachen im Rahmen der Befugnis nach § 4 Nr. 11 StBerG.
2. In dem Oberfinanzbezirk, in dem der Verein seinen Sitz hat, muss mindestens eine Beratungsstelle unterhalten werden. Die Unterhaltung von Beratungsstellen in auswärtigen Oberfinanzbezirken ist zulässig.
Die Hilfeleistung darf nur durch Personen ausgeübt werden, die einer Beratungsstelle angehören.
Zu Beratungsstellenleitern können nur solche Personen bestellt werden, welche die Voraussetzungen nach den gesetzlichen Bestimmungen, die zur Zeit in § 23 StBerG geregelt sind, erfüllen.
Die Hilfeleistung ist sachgemäß, gewissenhaft, verschwiegen und unter Verzicht auf unzulässige Werbung durchzuführen. Die Ausübung einer anderen wirtschaftlichen Tätigkeit in Verbindung mit der Hilfeleistung im Rahmen der gesetzlichen Beratungsbefugnis ist verboten.
Alle Personen, deren sich der Verein bei der Hilfeleistung in Steuerangelegenheiten bedient, haben die Einhaltung der vorgenannten Pflichten zu beachten.
3. Der Verein unterhält keinen auf Gewinnerzielung ausgerichteten Geschäftsbetrieb.

§ 3

Erwerb der Mitgliedschaft, Rechte der Mitglieder

1. Mitglied des Vereins kann jede natürliche Person werden, die ihren Wohnsitz im Tätigkeitsbereich des Vereins hat oder sich vorübergehend darin aufhält oder die zur Abgabe von Steuererklärungen in Deutschland berechtigt oder verpflichtet ist. Personen, die ihr Einkommen aus selbständiger Arbeit beziehen, können nur Mitglied werden, wenn ihre Mitgliedschaft dazu beiträgt den Vereinszweck zu fördern.
2. Der Beitritt ist schriftlich oder durch eine elektronische Willenserklärung zu erklären. Die elektronische Willenserklärung ist dann für den Beitritt ausreichend, wenn das Mitglied seine elektronische Adresse angibt und die Mitgliedschaft vom Verein elektronisch bestätigt wird. Nimmt ein Mitglied im Kalenderjahr nach Beendigung der Mitgliedschaft erneut die Hilfeleistung des Vereins in Anspruch, lebt hierdurch die Mitgliedschaft nur mit zusätzlicher schriftlicher oder elektronischer Erklärung wieder auf. Die Mitgliedschaft kann auch für eine zurückliegende Zeit mit rückwirkender Kraft begründet werden.
3. Die Mitglieder können in den Grenzen des Vereinszwecks die Hilfe in Lohnsteuer- bzw. Einkommensteuerangelegenheiten unentgeltlich für den der Beitragszahlung vorangegangenen Veranlagungszeitraum in Anspruch nehmen. Die Mitglieder haben Anspruch auf Beratungsleistungen in Steuerangelegenheiten nach § 4 Nr. 11 StBerG für alle Steuerangelegenheiten, die sich auf das Beitrittsjahr sowie folgende Jahre und das Kalenderjahr vor dem Jahr des Beitritts beziehen.
4. Die Mitglieder erklären sich mit ihrem Vereinsbeitritt und der Angabe ihrer E-Mail-Adresse damit einverstanden, dass Mitteilungen, die der Erfüllung des Vereinszwecks dienen, auch papierlos im Wege elektronischer Post (per E-Mail) versendet werden können.
5. Beabsichtigen Mitglieder, Schadenersatzansprüche gegenüber dem Verein geltend zu machen, so hat zunächst eine schriftliche Anzeige des Sachverhalts und der daraus entstandenen Schäden gegenüber dem Vorstand des Vereins zu erfolgen. Eine Klage vor den ordentlichen Gerichten ist erst dann zulässig, wenn der Verein auf die schriftliche Anzeige des Schadens nicht binnen einer Frist von sechs Wochen reagiert hat oder die Regulierung des Schadens ablehnt.

§ 4

Beendigung der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft endet mit dem Tode des Mitglieds, durch Austritt, durch Streichung von der Mitgliederliste oder durch Ausschluss aus dem Verein.
2. Der Austritt ist nur zum Ende eines Kalenderjahres möglich. Er erfolgt durch eine in Textform an den Vorstand des Vereins gerichtete Erklärung, die spätestens am 30. November zugegangen sein muss.
3. Führt die Änderung der Beitragsordnung zu einer durchschnittlichen Beitragserhöhung von mehr als 15 %, so steht den Mitgliedern unabhängig von der in § 4 Abs. 2 enthaltenen Kündigungsfrist das Recht zu, die Mitgliedschaft schriftlich zum Ende des Kalenderjahres zu kündigen. Diese Kündigung muss eine Begründung enthalten und dem Vorstand innerhalb einer Ausschlussfrist von einem Monat nach Bekanntgabe der Beitragserhöhung zugegangen sein.
4. Ein Mitglied kann durch Beschluss des Vorstands von der Mitgliederliste gestrichen werden, wenn es trotz Mahnung mit der Bezahlung seines Mitgliederbeitrages länger als drei Monate im Rückstand ist und seit Absendung der Mahnung ein Monat verstrichen ist. Die Streichung ist dem Mitglied mitzuteilen, der Anspruch des Vereins auf Zahlung des Mitgliedsbeitrages bleibt unberührt.
5. Ein Mitglied kann, wenn es gegen die Vereinsinteressen gröblich verstoßen hat, durch Beschluss des Vorstands aus dem Verein ausgeschlossen werden. Der Anspruch des Vereins auf Zahlung des Mitgliedsbeitrages bleibt unberührt.
6. Dem von der Streichung der Mitgliederliste oder durch Ausschluss aus dem Verein betroffenen Mitglied steht gegen die Entscheidung des Vorstands das Recht der Berufung an den Aufsichtsrat zu. Die Berufung muss innerhalb eines Monats seit Zugang des Beschlusses eingelegt werden. Der Vorstand hat das durch Streichung von der Mitgliederliste oder durch Ausschluss aus dem Verein betroffene Mitglied auf sein Recht der Berufung hinzuweisen. Die Entscheidung des Aufsichtsrats ist endgültig.

§ 5

Aufnahmegebühr und Mitgliedsbeitrag

1. Der Vorstand beschließt mit Zustimmung des Aufsichtsrats eine Beitragsordnung, aus der sich die Höhe des Mitgliedsbeitrags und die einmalige Aufnahmegebühr ergeben. Bei einer Änderung der gesetzlichen Mehrwertsteuer ist der Vorstand berechtigt, Mitgliedsbeitrag und einmalige Aufnahmegebühr in entsprechendem Umfang zu ändern. Neben dem Mitgliedsbeitrag wird für die Hilfeleistung in Steuersachen kein besonderes Entgelt erhoben. In der Beitragsordnung kann jedoch die Erstattung von Auslagen im finanzgerichtlichen Verfahren bestimmt werden.
2. Der Mitgliedsbeitrag wird im Falle des Beitritts zusammen mit der einmaligen Aufnahmegebühr sofort, im Übrigen zum 2. Januar eines jeden Jahres für das laufende Kalenderjahr fällig. Sofern eine Zahlung bis zum 30. Juni eines Kalenderjahres nicht erfolgt ist, befindet sich das Mitglied in Zahlungsverzug, einer nochmaligen schriftlichen Mahnung bedarf es nicht.

3. Eine Änderung der Beitragsordnung ist den Mitgliedern spätestens einen Monat vor dem Beginn des Kalenderjahres, in welchem die geänderte Beitragsordnung in Kraft treten soll, bekannt zu machen.
4. Der Vorstand ist berechtigt, die Aufnahmegebühr und den Mitgliedsbeitrag in begründeten Ausnahmefällen zu ermäßigen oder zu erlassen.

§ 6

Pflichten der Mitglieder, Mitgliederakten, Verjährung

1. Die Mitglieder sind verpflichtet, in ihren eigenen steuerlichen Belangen bei der Erfüllung des Vereinszwecks mitzuwirken, sie haben insbesondere ihre steuerlichen Unterlagen zu ordnen und vorzubereiten, sich rechtzeitig um einen Beratungstermin zu bemühen und erforderliche Rückfragen zügig zu erledigen. Die Mitglieder sind verpflichtet, bei einer Änderung des Wohnsitzes dem Verein ihre neue Anschrift unverzüglich mitzuteilen.
2. Die Handakten eines Mitglieds über die Hilfeleistung in Steuersachen im Rahmen der Befugnis nach § 4 Nr. 11 StBerG werden nach Abschluss der Tätigkeit des Vereins in der Steuersache des Mitglieds auf die Dauer von zehn Jahren in der örtlichen Beratungsstelle oder auf Verlangen des Vorstands am Sitz des Vereins aufbewahrt. Die Verpflichtung zur Aufbewahrung der Handakten eines Mitglieds erlischt jedoch schon vor Beendigung des Zeitraums von zehn Jahren, wenn der Verein das Mitglied aufgefordert hat, die Handakte in Empfang zu nehmen und das Mitglied dieser Aufforderung binnen sechs Monaten, nachdem es sie erhalten hat, nicht nachgekommen ist. Solange der Verein zur Rückgabe der Handakte nicht verpflichtet ist, kann ein Mitglied Abschriften von Teilen der Handakte nur gegen Erstattung der Auslagen verlangen.
3. Der Verein ist zur Erfüllung des Vereinszwecks berechtigt, die Daten seiner Mitglieder elektronisch zu speichern.
4. Ansprüche von Mitgliedern auf Schadenersatz aus der vom Verein in Steuersachen geleisteten Hilfe verjähren in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in welchem der Anspruch entstanden ist. Der Anspruch entsteht mit der Bestandskraft des jeweiligen Steuerbescheides.

§ 7

Organe des Vereins

1. Organe des Vereins sind
 - a) der Vorstand
 - b) der Aufsichtsrat
 - c) die Vertreterversammlung
2. Eine Mitgliedschaft in mehr als einem Vereinsorgan ist, außer bei geborenen Mitgliedervertretern, nicht möglich. Mitglieder dieser Organe dürfen keinem anderen Lohnsteuerhilfeverein angehören und auch für keinen anderen Lohnsteuerhilfeverein, gleich in welcher Funktion, tätig sein.
3. Die Mitglieder der Vereinsorgane haben eine besondere, herausragende und verantwortungsvolle Position. Wenn und soweit ein Organmitglied sich, gleich in welcher Weise, so verhält, dass der Verein bzw. dessen Ruf erheblich geschädigt wird, kann es als Mitglied aus der jeweiligen Organfunktion ausgeschlossen werden.

§ 8

Vorstand

1. Der Vorstand des Vereins besteht aus bis zu vier jeweils alleinvertretungsberechtigten Mitgliedern, und zwar dem Vorsitzenden und bis zu drei stellvertretenden Vorsitzenden. Im Rahmen dieser Vorgaben bestimmt der Aufsichtsrat die Anzahl der Mitglieder des Vorstands. Der Vorstand wird von der Vertreterversammlung auf Vorschlag des Aufsichtsrats auf die Dauer von fünf vollen Kalenderjahren gewählt. Die Amtszeit beginnt am 1. Januar des auf die Wahl folgenden Jahres. Bei nachgewählten Vorstandsmitgliedern endet das Mandat zu dem Zeitpunkt, zu dem die Amtsdauer der vorher gewählten Vorstandsmitglieder abgelaufen ist. Die Wiederwahl ist zulässig. Der Vorstand bleibt bis zu einer wirksamen Neuwahl und Eintragung des neuen Vorstands im Vereinsregister im Amt. Eine Wahl des Vorstands sowie dessen Entlastung im Blockverfahren ist zulässig.
2. Die Bestellung des Vorstands und einzelner seiner Mitglieder kann nur aus wichtigem Grund durch die Vertreterversammlung auf Vorschlag des Aufsichtsrats widerrufen werden. Wichtige Gründe sind grobe Pflichtverletzungen oder Unfähigkeit zum ordnungsgemäßen Geschäftsführung.
3. Der Vorstand entscheidet durch Beschluss mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Er ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei seiner Mitglieder an der Beschlussfassung teilnehmen. Darunter müssen sich der Vorsitzende oder sein Stellvertreter befinden. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des amtierenden Vorsitzenden. Der Vorstand führt die Geschäfte und vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich, soweit die Vertretung des Vereins nicht durch die Satzung dem Aufsichtsrat zugewiesen ist (§ 9 Abs. 5). Darüber hinaus ist der Vorstand insbesondere für folgende Aufgaben verantwortlich:
 - a) die sachgemäße Ausübung der Hilfeleistung in Steuersachen durch die Beratungsstellenleiter und Mitarbeiter,
 - b) Eröffnung von Beratungsstellen und Bestellung von Beratungsstellenleitern,
 - c) Aufstellen von Arbeitsrichtlinien für Beratungsstellen,
 - d) Abschluss und Kündigung von Arbeitsverträgen,
 - e) Mitteilung an die jeweils zuständige Oberfinanzdirektion über die Eröffnung oder Schließung einer Beratungsstelle, die Bestellung oder Abberufung eines Beratungsstellenleiters sowie Mitteilung der Personen, deren sich der Verein bei der Hilfeleistung in Steuersachen bedient,
 - f) vollständige und fortlaufende Aufzeichnung sämtlicher Einnahmen und Ausgaben,
 - g) Bestellung der vom Aufsichtsrat ausgewählten Geschäftsprüfer innerhalb von sechs Monaten nach Beendigung eines Geschäftsjahres. Zu Geschäftsprüfern können nur Personen und Gesellschaften bestellt werden, die nach § 3 StBerG zu unbeschränkter Hilfeleistung in Steuersachen befugt sind,
 - h) Zuleitung des Prüfungsberichts an die zuständige Oberfinanzdirektion innerhalb eines Monats nach dessen Erhalt, spätestens jedoch neun Monate nach Beendigung des Geschäftsjahres,
 - i) schriftliche Bekanntgabe des wesentlichen Inhalts der Prüfungsfeststellungen an die Mitglieder innerhalb von sechs Monaten nach Erhalt des Prüfungsberichts,
 - k) Vorbereitung und schriftliche Einberufung der Vertreterversammlung innerhalb von drei Monaten nach Bekanntgabe des wesentlichen Inhalts der Prüfungsfeststellungen an die Mitglieder und weiterer Vertreterversammlungen nach § 11 Abs. 1 sowie Aufstellung ihrer Tagesordnung,
 - l) Vorlage eines Geschäftsberichts über die Entwicklung und die Lage des Vereins im Geschäftsjahr an die Vertreterversammlung,
 - m) Verlegung des Sitzes des Vereins aus wichtigem Grund an einen anderen Ort im Tätigkeitsbereich des Vereins,
 - n) Liquidation des Vereins.
4. Der Vorstand hat Anspruch auf eine angemessene Vergütung seiner Tätigkeit und auf Ersatz aller Aufwendungen, die ihm in Wahrnehmung der satzungsgemäßen Aufgaben entstanden sind. Das Nähere regelt ein Dienstvertrag.

§ 9 Aufsichtsrat

- Der Aufsichtsrat besteht aus bis zu sechs Personen, die auf Vorschlag des Aufsichtsrats von der Vertreterversammlung auf die Dauer von fünf vollen Kalenderjahren, beginnend mit dem 1. Januar des der Wahl folgenden Kalenderjahres, gewählt werden. Die Wiederwahl von Mitgliedern des Aufsichtsrats ist zulässig. Bis zur Wahl eines neuen Aufsichtsrats bleibt der alte Aufsichtsrat im Amt. Eine Wahl des Aufsichtsrats sowie dessen Entlastung im Blockverfahren ist zulässig. Mindestens zwei, maximal drei der zur Wahl in den Aufsichtsrat durch die Vertreterversammlung vorgeschlagenen Kandidaten müssen externe Personen sein, d. h. Personen, die weder eine Beratungsstelle leiten oder geleitet haben noch für eine Beratungsstelle tätig sind, in einem Abhängigkeitsverhältnis zum Verein stehen oder Mitglied der Vertreterversammlung sind.
- Der Aufsichtsrat wählt für die Dauer seiner Amtszeit ohne Verzug nach seiner Einsetzung aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen oder mehrere Stellvertreter. Sind mehrere Stellvertreter gewählt, so bestimmt der Aufsichtsrat für den Fall einer Verhinderung des Vorsitzenden dessen Stellvertreter. Der Stellvertreter hat, wenn er in Vertretung des Vorsitzenden handelt, dessen Rechte und Pflichten. Die Mitgliedschaft im Aufsichtsrat kann nur aus wichtigem Grund auf Vorschlag des Aufsichtsrats oder der Vertreterversammlung widerrufen werden. Wichtige Gründe sind insbesondere grobe Pflichtverletzung oder Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Erfüllung seiner Aufgaben. Jedes Mitglied des Aufsichtsrats hat das Recht, jederzeit sein Amt auch ohne wichtigen Grund niederzulegen.
- Jedes Aufsichtsratsmitglied oder der Vorstand kann unter Angabe des Zwecks und der Gründe verlangen, dass der Vorsitzende des Aufsichtsrats unverzüglich den Aufsichtsrat einberuft. Der Vorsitzende und bei dessen Verhinderung sein Stellvertreter kann jederzeit den Aufsichtsrat zu einer Sitzung einberufen. Spätestens mit Wirkung zu dem am 1. Januar 2027 beginnenden Geschäftsjahr gibt sich der Aufsichtsrat eine Geschäftsordnung und beschließt eine Geschäftsordnung für den Vorstand. In der Geschäftsordnung für den Vorstand ist auch festzulegen, dass bestimmte Arten von Geschäften oder Maßnahmen nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats vorgenommen werden dürfen.
- Der Aufsichtsrat entscheidet durch Beschluss mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen; er ist beschlussfähig, wenn mindestens drei seiner Mitglieder an der Beschlussfassung teilnehmen. Darunter müssen sich der Vorsitzende des Aufsichtsrats oder sein Stellvertreter befinden. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des amtierenden Vorsitzenden.
- Der Aufsichtsrat ist für die ihm durch Satzung zugewiesenen Aufgaben zuständig, dazu gehören auch
 - die Beratung und Überwachung der ordnungsgemäßen Geschäftsführung des Vorstands,
 - die Vorlage eines Berichts an die Vertreterversammlung über die Art und den Umfang, in welcher er die Geschäftsführung des Vorstands während des Geschäftsjahres geprüft hat; er hat in dem Bericht zu dem Prüfungsbericht der Geschäftsprüfer Stellung zu nehmen,
 - die Vertretung des Vereins gegenüber dem Vorstand, insbesondere der Abschluss, die Verlängerung, die Änderung und die Beendigung von Dienst- und sonstigen Verträgen zwischen dem Verein und dem Vorstand;
 - die Auswahl des vom Vorstand zu bestellenden Geschäftsprüfers innerhalb von vier Monaten nach Beendigung eines Geschäftsjahres.
- Der Aufsichtsrat kann Bücher und Schriften sowie Vermögensgegenstände des Vereins einsehen und prüfen. Er kann damit auch einzelne Mitglieder oder für bestimmte Aufgaben besondere externe Sachverständige beauftragen. Die Aufsichtsratsmitglieder können ihre Aufgaben nicht durch andere wahrnehmen lassen. Der Aufsichtsrat kann Ausschüsse bilden.
- Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben Anspruch auf den Abschluss einer angemessenen D&O-Versicherung und auf eine angemessene Vergütung ihrer Tätigkeit sowie auf Ersatz aller Aufwendungen, die ihnen in Wahrnehmung der satzungsgemäßen Aufgaben entstanden sind. Die Höhe der Vergütung wird von der Vertreterversammlung auf Vorschlag des Aufsichtsrats bewilligt.
- Der Aufsichtsrat soll regelmäßig die Effizienz seiner Arbeit überprüfen.

§ 10 Wahl der Vertreterversammlung

- Mitgliedervertreter nehmen die Rechte der Mitglieder in der Vertreterversammlung wahr. Zum Mitgliedervertreter können nur Mitglieder vorgeschlagen und gewählt werden. Darüber hinaus können natürliche Personen vorgeschlagen und gewählt werden, die als Leiter/in einer Beratungsstelle in einer vertraglichen Beziehung zu dem Verein stehen und bei der zuständigen Aufsichtsbehörde gemeldet sind. Mitgliedervertreter können sich nicht durch Dritte vertreten lassen.
- Je 6.000 Mitglieder werden durch einen gewählten Mitgliedervertreter repräsentiert, wobei die Anzahl der gewählten Mitgliedervertreter auf 99 begrenzt wird. Der Vertreterversammlung gehören die „geborenen“ Mitgliedervertreter und die von den Mitgliedern auf fünf volle Kalenderjahre zu wählenden Mitgliedervertreter an.
- Für die Anzahl der zu wählenden Mitgliedervertreter ist die Mitgliederzahl am 31.12. des Jahres maßgebend, das der Wahl der zu wählenden Mitgliedervertreter vorausgeht.
- Aus jedem Bundesland soll wenigstens ein Mitgliedervertreter gewählt werden, wobei die Stadtstaaten einem Bundesland zugeordnet werden. So bilden Berlin und Brandenburg, Hamburg und Schleswig-Holstein sowie Bremen und Nordrhein-Westfalen jeweils ein Bundesland im Sinne dieser Regelung.
- Die zu wählenden Mitgliedervertreter werden in der Weise bestimmt, dass sämtliche Mitglieder im 3. oder 4. Quartal des Jahres, welches dem Wahljahr vorausgeht, angeschrieben und um Übersendung von Namensvorschlägen zur Mitgliedervertreterwahl gebeten werden. Die Wahlvorschläge müssen innerhalb einer Frist, die zwei Wochen nicht unterschreiten und drei Wochen nicht übersteigen darf, in Textform an die Hauptverwaltung des Vereins, unter Angabe des Namens, der Adresse des Mitgliedes und der Mitgliedsnummer geschickt werden. Sollten die eingehenden Wahlvorschläge nicht ausreichen, um genügend zu wählende Kandidaten aufzustellen, ist der Vorstand verpflichtet, die Wahlvorschlagsliste entsprechend zu ergänzen.
- Aus den ordnungs- und fristgemäß eingegangenen Wahlvorschlagslisten wird die 1,3-fache Anzahl der zu wählenden Mitgliedervertreter in der Reihenfolge der sie unterstützenden Mitgliederunterschrift in einen Wahlzettel aufgenommen. Der Wahlzettel wird den Mitgliedern im 3. oder 4. Quartal des Wahljahres in Textform zur Verfügung gestellt. Die Stimmzettel sind von den Mitgliedern mit Namen, Adressen, Mitgliedsnummer und Unterschrift zu versehen und innerhalb einer Frist, die zwei Wochen nicht unterschreiten und drei Wochen nicht übersteigen darf, an die Hauptverwaltung in einem verschlossenen Briefumschlag zurückzusenden. Eine elektronische Stimmabgabe ist ebenfalls zulässig. Gewählt sind die Kandidaten, welche die meisten Stimmen auf sich vereinen. Bei Stimmengleichheit ist derjenige Mitgliedervertreter mit der längeren Vereinszugehörigkeit gewählt. Das Wahlergebnis ist den Mitgliedern in Textform bekannt zu geben.
- Geborene Mitgliedervertreter sind Gründungsmitglieder, ausgeschiedene Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie die Mitgliedervertreter in 1995, die seit mindestens zehn Jahren dem Verein angehören, soweit kein Fall des § 7 Abs. 3 der Satzung vorliegt.
- Das Stimmrecht darf nicht ausgeübt werden, wenn es um die Abstimmung über eine Beschlussvorlage geht, die den einzelnen Mitgliedervertreter persönlich betrifft.
- Ein Mitgliedervertreter kann durch schriftliche Rücktrittserklärung, gerichtet an den Vorstand, durch Beschluss der Vertreterversammlung auf Vorschlag des Aufsichtsrats aus wichtigem Grund (objektiv grobe Pflichtverletzung oder Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Erfüllung der übernommenen Aufgabe) oder, automatisch in den Fällen des § 7 Abs. 2 der Satzung, ausscheiden.

- Endet das mit dem Verein bestehende Mitgliedschafts- oder Vertragsverhältnis des gewählten Mitgliedervertreters, so endet auch seine Stellung als Mitgliedervertreter mit dem gleichen Datum, es sei denn, der Mitgliedervertreter wird innerhalb von 14 Tagen nach Beendigung des Vertragsverhältnisses Mitglied des Vereins. Der betroffene Mitgliedervertreter ist darüber schriftlich vom Verein in Kenntnis zu setzen. Geborene Mitgliedervertreter sind von dieser Regelung ausgenommen.
- Scheiden gewählte Mitgliedervertreter vorzeitig durch Tod oder aufgrund der Bestimmungen des Abs. 10 aus, so ergänzt der Vorstand die ausgeschiedenen Mitgliedervertreter aus der Wahlvorschlagsliste der letzten Wahl, nach der Reihenfolge der auf sie entfallenden Stimmen. Sollte die Wahlvorschlagsliste nicht ausreichen, ist der Vorstand verpflichtet, die Mitgliedervertreter zu ergänzen.

§ 11 Vertreterversammlung

- Mindestens einmal jährlich und innerhalb der ersten zehn Monate eines jeden Kalenderjahres, spätestens jedoch innerhalb von drei Monaten nach Bekanntgabe des Prüfungsberichts, findet eine Versammlung der Mitgliedervertreter unter Vorsitz des Aufsichtsratsvorsitzenden oder seines Stellvertreters statt. Die Versammlung ist vom Vorstand mit einer Frist von einem Monat und unter Angabe der Tagesordnung schriftlich einzuberufen. Anträge zur Tagesordnung von Mitgliedervertretern sind spätestens 14 Tage - bei der Hauptverwaltung eingehend - vor dem Termin der Versammlung schriftlich mit Begründung und unter Angabe der jeweiligen Satzungsvorschrift beim Vorstand einzureichen. Der Vorstand muss die Versammlung der Mitgliedervertreter auch dann mit derselben Frist einberufen, wenn ein Fünftel der Mitglieder oder Mitgliedervertreter dies verlangt.
- Die Vertreterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens ein Viertel der Mitgliedervertreter anwesend ist. Für den Fall, dass die Vertreterversammlung aufgrund fehlender Präsenz der Mitgliedervertreter nicht beschlussfähig sein sollte, kann der Vorstand bereits mit der Einladung zur Vertreterversammlung zu einer weiteren Vertreterversammlung einladen, die am gleichen Tag, aber mindestens zwei Stunden nach der ersten Vertreterversammlung stattfindet. Diese Vertreterversammlung ist dann ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitgliedervertreter beschlussfähig. Auf diesen Umstand ist in der Einladung hinzuweisen.
- Die Vertreterversammlung fasst ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Zur Änderung der Satzung, zur Auflösung des Vereins und für den Beschluss zur Verwendung des Liquidationsüberschusses ist eine Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich.
- Die Vertreterversammlung ist für die ihr durch diese Satzung zugewiesenen Angelegenheiten zuständig, dazu gehören auch
 - die Entgegennahme des Prüfungsberichtes des Pflichtprüfers nach § 22 StBerG sowie der Berichte des Vorstands und des Aufsichtsrats,
 - Aussprache über das Ergebnis der Geschäftsprüfung,
 - Entlastung des Vorstands wegen seiner Geschäftsführung während des geprüften Geschäftsjahres,
 - Entlastung des Aufsichtsrats,
 - Vergütung für die Mitglieder des Aufsichtsrats,
 - die Zustimmung oder Genehmigung von Verträgen des Vereins mit Mitgliedern des Vorstands oder deren Angehörigen,
 - Auflösung des Vereins und Verwendung des Liquidationsüberschusses.
- Die Mitgliedervertreter sind berechtigt, einzelne ihnen zustehende Aufgaben durch Beschluss oder durch die Vereinssatzung auf den Aufsichtsrat zu übertragen. Hierbei kann es sich nur um solche Aufgaben handeln, zu denen die Vertreterversammlung nicht gesetzlich nach § 14 Abs. 1 StBerG verpflichtet ist.
- Die Mitgliedervertreter haben Anspruch auf angemessenen Ersatz ihrer Aufwendungen, die ihnen in Wahrnehmung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben entstehen.

§ 12 Beurkundung

- Beschlüsse des Aufsichtsrats sind zu Beweiszwecken schriftlich niederzulegen und von allen mitwirkenden Mitgliedern des Aufsichtsrats zu unterzeichnen.
- Beschlüsse der Vertreterversammlung sind zu Beweiszwecken schriftlich niederzulegen und vom Versammlungsleiter und Protokollführer zu unterzeichnen.

§ 13 Bekanntmachungen

- Bekanntmachungen des Vereins erfolgen durch Einzel- bzw. Rundschreiben des Vorstands an jedes Mitglied.
- Die Bekanntmachung der wesentlichen Teile der Geschäftsprüfung an die Mitglieder hat innerhalb von sechs Monaten nach Erhalt des Prüfungsberichts durch ein an jedes Mitglied gerichtetes Schreiben zu erfolgen.
- Alle Bekanntmachungen können auch in der Mitgliederzeitung erfolgen. Sie gelten mit der Aufgabe der Mitgliederzeitung zur Post als erfolgt.

§ 14 Gerichtsstand

Für alle Streitigkeiten, welche sich aus der Satzung, mit oder zwischen Organen und Mitgliedern oder aus Schadenersatzansprüchen der Mitglieder gegen den Verein ergeben, sind die Gerichte am Sitz des Vereins zuständig. Diese Gerichte sind auch zuständig, wenn Ansprüche des Vereins auf Zahlung des Mitgliedsbeitrags geltend gemacht werden.